



HESSISCHER LANDTAG

17. 01. 2017

Plenum

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Rheinbrücke verbindet Menschen und Wirtschaftsräume

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass es auf einer Länge von 84 Kilometern zwischen Wiesbaden/Mainz (Schiersteiner Brücke) und Koblenz (Südbrücke) keine Brücke über den Rhein gibt.
2. Der Landtag ist der Auffassung, dass ohne eine Brückenverbindung insbesondere die Bürger im Rheingau bis heute erhebliche Nachteile erleiden müssen. Eine Überquerung des Rheins ist auf einer Länge von 84 Kilometern nur mit Schiffsfähren möglich. Damit sind erhebliche Kapazitätsbeschränkungen, Zeitbeschränkungen und Kosten verbunden. Bei Niedrig- und Hochwasser sowie anderen Ereignissen, die den Fährbetrieb beeinträchtigen, wird die Verbindung über den Rhein sogar regelmäßig unterbrochen.
3. Der Landtag spricht sich für die Realisierung einer Machbarkeitsstudie für den Bau einer zweispurigen Brückenverbindung zwischen dem Rheingau und Rheinhessen aus, um die Entwicklungschancen der Städte und Gemeinden auf beiden Seiten des Rheins zu verbessern, insbesondere im Hinblick auf den Tourismus und die gewerbliche Wirtschaft.
4. Der Landtag stellt fest, dass sich der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises sowie zahlreiche Vertreter der Kommunen für die Realisierung einer Machbarkeitsstudie ausgesprochen haben und das Land Rheinland-Pfalz ein solches Vorhaben positiv bewertet.
5. Der Landtag begrüßt die Aktivitäten der Initiative "Bürgerbegehren Rheinbrücke", die bereits über 8.000 Unterschriften für die Realisierung einer Machbarkeitsstudie einer Brücke über den Rhein gesammelt hat. Dieser mit den Unterschriften bereits zum Ausdruck gebrachte Bürgerwille im Landkreis Mainz-Bingen muss auch bei den politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, mit der Regierung des Landes Rheinland-Pfalz sowie den beteiligten Landkreisen Gespräche im Sinne der Realisierung einer Machbarkeitsstudie aufzunehmen und eine finanzielle Beteiligung des Landes Hessen in Aussicht zu stellen.
7. Der Landtag missbilligt ausdrücklich, dass die Landesregierung im vergangenen Jahr 39 Mio. € Bundesmittel für den Straßenbau ungenutzt verfallen ließ und damit Schlusslicht unter allen Länder war. Während insbesondere der Freistaat Bayern von der Aufstockung der Bundesmittel für den Straßenbau profitieren und sogar zusätzliche Zuweisungen investieren konnte, ging der hessische Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes deutlich zurück.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 17. Januar 2017

Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch